

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser,
Ferien Nr. 30,
Postfach Nr. 32.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1550.
Strohof:
Rieser Nr. 32.

Nr. 25.

Montag, 30. Januar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontars gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Das Kabinett Hitler.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag Adolf Hitler, sowie den Reichskanzler von Papen zu einer längeren Besprechung.

Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

- Reichskanzler a. D. von Papen wurde zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen berufen,
- Freiherr von Neurath wird Reichsaußenminister, Staatsminister a. D. (M. d. R.) Dr. Fried Reichsinnenminister,
- Generalleutnant von Blomberg, Reichswehrminister, Graf Schwerin von Krosigk Reichsfinanzminister, Geheimrat (M. d. R.) Dr. Eugen Weber Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,
- Franz Seidler Reichsarbeitsminister,
- Freiherr von Eick-Nebenach Reichspostminister und Reichsverkehrsminister,
- Reichspräsident Goering Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Kulturbau, Goering wurde gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers betraut.
- Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung Dr. Gerekke wurde in seinem Amte bestätigt.
- Das Justizministerium bleibt vorläufig noch offen.
- Reichskanzler Hitler wird, wie wir hören, nach heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei annehmen.
- Das neue Kabinett tritt zu seiner ersten Sitzung heute nachmittags um 5 Uhr zusammen.

Die Besprechung beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Ernennung des Kabinetts ging eine gemeinsame Besprechung beim Reichspräsidenten voraus, an der vor allem Herr von Papen, Adolf Hitler und Geheimrat Eugen Weber teilnahmen. Die Besprechung begann in der 12. Mittagsstunde; sie hatte das Ziel, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Gruppen der Garzburger Front zu finden, über die heute vormittag eine Einigung noch nicht vorhanden war. Schwierige Fragen waren nach Auffassung politischer Kreise zum Beispiel die Eingliederung der SA, die Lösung der Preußenfrage und die Besetzung einiger Reichsministerien.

Bereidigung des Kabinetts Hitler.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident hat heute die durch das Reichsministerium vorgeschriebene Bereidigung des Reichskanzlers Adolf Hitler und der Mitglieder der neugebildeten Regierung vorgenommen.

Ministerialrat Dr. Zammers Staatssekretär der Reichsanlei.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, wird der Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Dr. Zammers, zum Staatssekretär der Reichsanlei und der nationalsozialistischen Reichsregierung ernannt werden. Die Ernennungen sind aus rein formalen Gründen noch nicht im Zusammenhang mit der Kabinettsbildung erfolgt, stehen aber bevor. Zammer war früher führendes Mitglied der Schriftleitung der Berliner Börsenzeitung.

Die Vorgeschichte von Schleichers Sturz.

Berlin. Als die letzte Ursache für den Sturz des Reichskanzlers von Schleicher wird in Berliner politischen Kreisen die Tatsache angegeben, daß zwischen Hindenburg und Schleicher schon seit langem kein festes Vertrauensverhältnis bestanden habe. Man erinnert daran, daß der damalige Reichswehrminister von Schleicher, noch ehe es am 13. August 1932 zu der Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler kam, gefordert hatte, man solle dem nationalsozialistischen Parteiführer die Regierungsgewalt übertragen. Von den Deutschnationalen wurde das als ein direkter Angriff Schleichers auf den damaligen Reichskanzler von Papen aufgefaßt und der Reichspräsident selbst soll über Schleichers Vorschlag unwillig gewesen sein. Wenn er Schleicher trotzdem mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte, so habe er in einer gewissen Zwangslage gehandelt. Hindenburg aber habe damals schon die Regierung Schleicher nur als eine Notlösung für kurze Zeit betrachtet. Neunzig hat es in den letzten Tagen und Stunden vor dem Rücktritt Schleichers nicht an Verhören gefehlt, die

Berlin. (Funkspruch.) Die Neubildung des Reichskabinetts hat sich in der Wilhelm-Strasse rein äußerlich ohne den großen Aufwand vollzogen, den man sonst bei solchen Anlässen beobachten konnte, die mit Adolf Hitler zusammenhängen. Die Ernennung des Kabinetts kam aber auch den politischen Kreisen verhältnismäßig überraschend. Während des ganzen Vormittags schätzte man die tatsächlichen Schwierigkeiten so hoch noch ein, daß man frühestens für den späteren Nachmittag oder Abend an eine Lösung der Krise glaubte. Der Herr Reichspräsident selbst dürfte den größten Wert darauf gelegt haben, daß die Krise so schnell wie möglich beendet wurde, und zwar wohl nicht zuletzt im Zusammenhang mit der wilden und zum Teil unverantwortlichen Gerüchtemacherei, die sie begleitete.

In nachstehenden Kreisen wird unterrichtet, was schon in dem Communiqué zum Ausdruck kommt, daß das neue Kabinett sich eine parlamentarische Mehrheit suchen werde. Deshalb sollen so schnell wie möglich, also noch in den frühen Nachmittagsstunden, die Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufgenommen werden. Hier liegt auch die Bedeutung der Tatsache, daß das Amt des Reichsjustizministers und die Ämter der Stellvertreter des preussischen Staatskommissars mit Ausnahme dessen für das Innenministerium noch offen gehalten sind. Damit werden auch dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung gegeben. Allerdings dürfte bei beiden Parteien wohl kaum mehr als eine Zol-

Demission des Reichskabinetts zu vermeiden. Auch Mitglieder der bisherigen Regierung sollen den Reichspräsidenten auf die Gefahren eines Wechsels hingewiesen haben.

Die Reichstagsfraktionen unter der neuen politischen Entwicklung.

Berlin. (Funkspruch.) Der Rücktritt des Kabinetts Schleicher hat, wie das Nachrichtenbüro des VdA, hört, auch zu Umdispositionen in der Arbeit der Reichstagsfraktionen geführt. Die Sozialdemokraten veranstalteten heute vormittag eine gemeinsame Sitzung ihrer Parteivorstände und des Vorstandes ihrer Reichstagsfraktion. Sie dienten der vorbereitenden politischen Aussprache für die heute nachmittags vorgesehene Sitzung der Reichstagsfraktion. Tagesgen haben die Deutschnationalen, die für heute vorgesehene gemeinsame Zusammenkunft ihrer Reichstagsfraktion abgesehen. Auch die Kommunisten und Nationalsozialisten haben die für morgen angelegten Fraktionsführungen einstweilen abgesehen. Lediglich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei werden morgen im Reichstags zusammenkommen.

Noch kein Termin für die nächste Reichstagsitzung.

Berlin. (Funkspruch.) Der Vizepräsident des Reichstages hat noch keinen Termin für die nächste Reichstagsitzung bestimmt. Es wurde aber beschlossen, daß der Reichstag spätestens am Dienstag nächster Woche zusammentreten soll. Die endgültige Festlegung des Termins erfolgt im Einvernehmen mit der Regierung und hängt davon ab, wann die Regierung ihre Erklärung vor dem Reichstag abgeben wird. Wegen eines sofortigen Zusammentritts des Reichstages schon am morgigen Dienstag hatte das Zentrum Bedenken geäußert.

Mittrauensantrag der Kommunisten.

Berlin. (Funkspruch.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits folgenden Antrag vorgelegt: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung Hitler von Papen das Vertrauen“.

Die Deutsche Volkspartei zur politischen Lage.

Berlin. Die Deutsche Volkspartei des Reichstages hielt unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Hugo eine Sitzung ab. Der Vorsitzende gedachte zunächst in ehrenden Worten des verstorbenen Mitglied und unvergesslichen Freundes Dr. Rudolf Schneider. Er begrüßte dann als neuen Reichstagsabgeordneten der Partei den Abg. Dr. Höpne aus Dresden. Es folgte die Beratung einer Anzahl wirtschaftlicher Fragen; insbesondere sprach sich die Deutsche Volkspartei entschieden dagegen aus, daß die Hauszinssteuer als Grundlag für die Gemeindefinanzverwaltung verwendet wird. Die Deutsche Volkspartei wird sich derartigen Vorkommnissen entschieden widersetzen und für eine völlige Abschaffung der Hauszinssteuer eintreten. Die weitere Aussprache galt der politischen Lage.

rierung zu erreichen sein. Es ist allerdings vor der Fraktionsbildung des Zentrums unumgänglich, eine Prognose zu stellen. Nur betont man, daß dies doch die letzte Möglichkeit einer parlamentarischen Regierung sei und daß schon deshalb Zentrum und Bayerische Volkspartei sich nur schwer verlassen könnten.

Was die sachliche Seite des neuen Kabinetts im übrigen anlangt, so darf man schon jetzt annehmen, daß an der Spitze seiner programmatischen Arbeiten soziale Maßnahmen stehen. Ueber das Programm ist zwischen den Beteiligten in den Besprechungen, die seit Sonnabend im Gange sind, weitgehende Einigung erzielt worden, so daß der Herr Reichspräsident die Ernennung heute mittag vollziehen konnte. Dabei ist auch besonders zu beachten, daß einige sehr angesehene Mitglieder des alten Kabinetts auch der neuen Regierung angehören.

Als die Nachricht von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bekannt wurde, sammelten sich in den ersten Nachmittagsstunden vor dem „Reichshof“ größere Menschenmengen an. Die Nationalsozialisten brachten ihm Ovationen dar. — In politischen Kreisen konzentriert sich das Hauptinteresse jetzt auf die Frage, ob das Zentrum sich zu einer Forderung oder sonstige gearteten Unterstützung des Kabinetts Hitler bereitfindet. Sollte die Mehrheitsbildung nicht zustandekommen, so ist nach Auffassung unterrichteter Kreise kein Zweifel, daß der Reichstag aufgelöst und neu gewählt wird.

Ueber die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird parteiamtlich noch mitgeteilt, es sei die große Erregung darüber lebhaft zum Ausdruck gekommen, daß durch politische Wühlereien eine neue Krise entzündet sei. Durch solche Methoden der fortgesetzten Verunreinigung unseres öffentlichen Lebens, die jede Staatsführung unumgänglich machen, werde die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg, sozialen Frieden und sozialen Aufbau in unserem Volke zerstört. Besonders sei zu verurteilen, daß eine Regierung zum Sturz gebracht worden sei, ohne daß irgendein klarer Weg für die weitere politische Entwicklung erkennbar sei. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei lehne die Verantwortung für die aus der neuen Regierungskrise sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen nachdrücklich ab.

Vor dem 21. Reichskabinett der Nachkriegszeit.

Berlin. Das nach dem Rücktritt des Reichskanzlers von Schleicher neu zu bildende Reichskabinett wird, wie der Parlamentsdienst der D. L. berichtet, das 21. Kabinett seit der Revolution sein. Das erste Kabinett der Nachkriegszeit unter Scheidemann war von Mitte Februar bis gegen Ende Juni 1919 im Amt. Es folgten zwei verfassungsmäßig zusammengesetzte Kabinette unter Bauer, der im März 1920 zurücktrat. Ganze drei Monate lang hatten wir dann eine Regierung Müller, der bis Anfang 1921 das Kabinett Preussner folgte. Zwei Regierungen unter Brüning fielen in die Zeit vom 9. Mai 1921 bis zum 13. November 1922. Nach etwa neunmonatiger Kanzlerschaft Cuno trat das auf der Großen Koalition beruhende Kabinett Stresemann in die Erscheinung, das aber auch kaum mehr als ein Vierteljahr im Amt blieb. Die erste Regierung Brüning war von Anfang Dezember 1923 bis Mitte Januar 1925 im Amt und wurde dann durch zwei verfassungsmäßige Reichskabinette mit Dr. Luther an der Spitze abgelöst; das erste blieb fast während des ganzen Jahres 1925 am Ruder, das zweite hielt sich bis Mitte Mai 1926. Noch zweimal kamen dann die Regierungsgeschäfte in die Hand von Dr. Brüning, dessen Kanzlerschaft Mitte Juni 1928 endete. Bis Ende März 1930 war dann nochmals der Sozialdemokrat Müller Reichskanzler, und dann folgten die zwei Kabinette Brüning, das eine vom 1. April 1930 bis zum 6. Oktober 1931, das andere vom 9. Oktober 1931 bis Ende Mai vergangenen Jahres. Die Kanzlerschaft von Papen währte vom 2. Juni bis zum 17. November 1932, und Reichskanzler von Schleicher schließlich begann seine Regierungstätigkeit am 2. Dezember vorigen Jahres, so daß er insgesamt nur 57 Tage aktiver Reichskanzler gewesen ist.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplanes

Zur Durchführung des Reichsarbeitsbeschaffungsplanes hat das Gesamtministerium für Sachsen weitere Durchführungsbestimmungen erlassen. Mit der zusammenfassenden Bearbeitung der Darlehensanträge zur Arbeitsbeschaffung ist das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium beauftragt worden. Bei diesem Ministerium wird ein Ausschuss gebildet, dem je ein Vertreter der beteiligten Ministerien, des Landesarbeitsamtes sowie je ein vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zu berufender Vertreter des Sächsischen Gemeindetages, des Verbandes der Bezirksverbände, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer angehören.